

## Kurzbericht

### Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(32. - öffentliche - Sitzung am 5. Juni 2024)

#### Tagesordnung:

1. **Gespräche mit den Präsidentinnen und Präsidenten der niedersächsischen Obergerichte**

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit der Präsidentin des Niedersächsischen Finanzgerichtes.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Architektengesetzes, des Niedersächsischen Ingenieurgesetzes und der Niedersächsischen Bauordnung**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3279](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch. Er schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 8 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* CDU, AfD

3. **Brandanschlag auf die Synagoge in Oldenburg am 5. April 2024**

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch einen Vertreter des Justizministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

4. **Bericht des Zweiten Deutschen Fernsehens gemäß § 31 Abs. 2 Medienstaatsvertrag**

Unterrichtung - [Drs. 19/2810](#)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:  
Abstrakte Normenkontrolle**

der **Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags,**

**Dr. Bernd Althusmann, Jan Bauer, Anna Bauseneick u. a.**

Verfahrensbevollmächtigte:

Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion  
Carina Hermann MdL, Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

**- Antragsteller -**

nach Art. 54 Nr. 3 NV und § 8 Nr. 8 NStGHG zur verfassungsrechtlichen Prüfung des  
Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2023 und des Haushaltsbegleitgesetzes

wegen der Verletzung der Rechte der Mitglieder des Landtags gemäß Art. 12 und  
Art. 19 Abs. 2 S. 1 NV

**- StGH 1/24 -**

Nachdem ein Mitglied der Fraktion der Grünen den Entwurf eines Schriftsatzes  
vorgestellt hat, empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, in dem Verfahren gegenüber  
dem Staatsgerichtshof in dieser Weise Stellung zu nehmen.

*Zustimmung: SPD, GRÜNE*

*Ablehnung: CDU*

*Enthaltung: AfD*

6. **Planung einer parlamentarischen Informationsreise**

Der Ausschuss nimmt als Termin für die Informationsreise nach Wien und Prag den  
Zeitraum vom 5. bis zum 9. Mai 2025 in Aussicht und bittet die Landtagsverwaltung,  
auf dieser Grundlage die Reiseplanungen fortzuführen.

7. **Verschiedenes**

Zu diesem Punkt ergibt sich keine Wortmeldung.